

Boss, Alfred; Meier, Carsten-Patrick; Scheide, Joachim; Schmidt, Rainer

Article — Digitized Version

Deutschland: konjunktureller Tiefpunkt erreicht

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred; Meier, Carsten-Patrick; Scheide, Joachim; Schmidt, Rainer (2001) : Deutschland: konjunktureller Tiefpunkt erreicht, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 4, pp. 335-349

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2682>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutschland: Konjunktureller Tiefpunkt erreicht

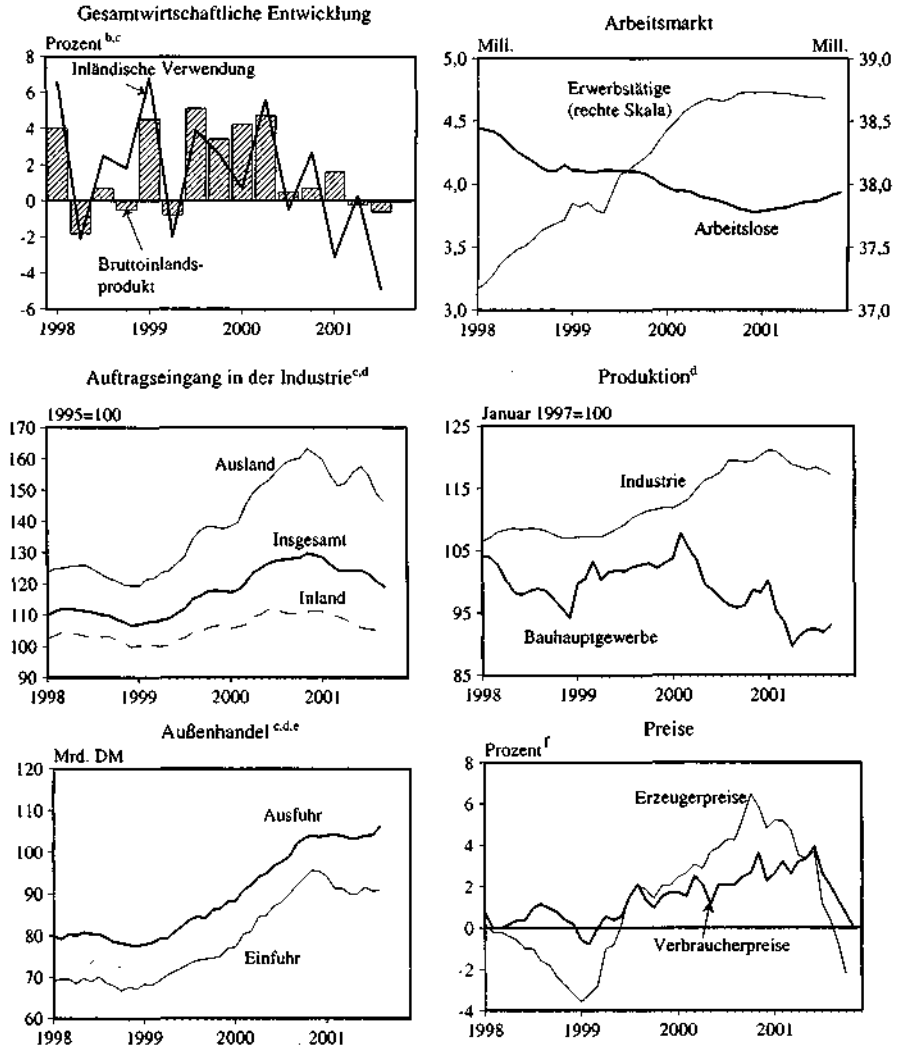
Von **Alfred Boss, Carsten-Patrick Meier, Joachim Scheide**
und **Rainer Schmidt**

Der Abschwung in Deutschland hat sich beschleunigt. Im dritten Quartal 2001 ging das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer laufenden Jahresrate von 0,6 Prozent zurück, nachdem es sich bereits im Vorquartal leicht verringert hatte (Schaubild 1). Außerordentlich schwach entwickelte sich erneut die Inlandsnachfrage. Angesichts sinkender verfügbarer Einkommen und zunehmender Arbeitsplatzunsicherheit schränkten die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben ein. Rückläufig waren außerdem die Investitionen, wobei sich jene in Ausrüstungen abermals kräftig verringerten, während die in Bauten nach einer langen Schrumpfungphase stagnierten. Impulse gingen dagegen, trotz des ungünstigen weltwirtschaftlichen Umfelds, weiter von der Auslandsnachfrage aus.

Die Terroranschläge auf die Vereinigten Staaten vom 11. September und ihre Nachwirkungen dürften die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Vierteljahr nur wenig beeinflusst haben. Schon vor den Anschlägen war für dieses Quartal kaum mehr als eine Stagnation erwartet worden. Die Wirkungen dieser Ereignisse auf die Konjunktur werden überwiegend im laufenden Winterhalbjahr sichtbar werden. Für das Schlussquartal 2001 zeigen die Indikatoren einen weiteren Rückgang der Produktion an. So hat sich das Geschäftsklima stark verschlechtert, und die Auftragseingänge haben deutlich abgenommen. Kommt es zu dem von uns erwarteten Produktionsrückgang – wir rechnen mit 1 ½ Prozent (laufende Jahresrate) –, so ist nach den üblichen Kriterien der Tatbestand einer Rezession erfüllt. Diese wäre gleichwohl erheblich milder als frühere Rezessionen. So ging das reale Bruttoinlandsprodukt zwischen dem ersten Quartal 1992 und dem zweiten Quartal 1993 mit einer Jahresrate von 1,7 Prozent zurück. Bis zum vierten Quartal 2001, dem voraussichtlichen Tiefpunkt der gegenwärtigen Schwächephase, dürfte es dagegen gegenüber dem ersten Quartal 2001 nur mit einer Jahresrate von 0,5 Prozent gesunken sein. Der Rückgang ist damit eher mit der Konjunkturabkühlung nach der Asien/Russland-Krise im Sommerhalbjahr 1998 vergleichbar (Schaubild 2).

Am Arbeitsmarkt hat sich die konjunkturelle Abschwächung zunehmend bemerkbar gemacht. Die Beschäftigung sinkt seit Jahresbeginn, die Arbeitslosigkeit steigt seither kräftig. Die Arbeitslosenquote lag im November bei 9,5 Prozent.

Das Preisklima hat sich weiter verbessert. Im November lag die Inflationsrate mit 1,7 Prozent erstmals seit mehr als einem Jahr unter der Marke von 2 Prozent. Ausschlaggebend für den Rückgang der Teuerung war der weitere Fall des Weltmarktpreises für Rohöl. Der Preisindex für die Lebenshaltung ohne Energieträger lag im Oktober um 2,4 Prozent über seinem Vorjahresstand. Sein Anstieg hat sich ebenfalls seit Sommer wieder merklich verlangsamt, nachdem die Nahrungsmittelpreise, die im Frühjahr sprunghaft angezogen hatten, mittlerweile wieder in moderaterem Tempo steigen.

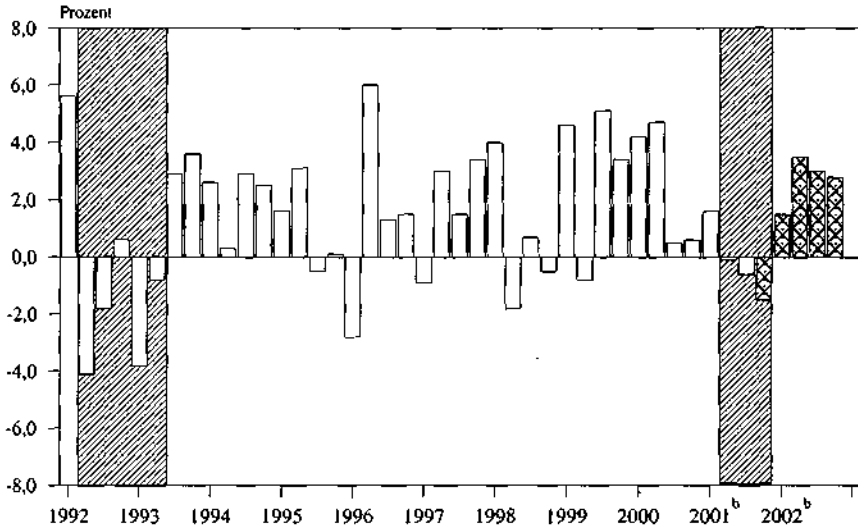
Schaubild 1: Indikatoren^a zur Konjunktur in Deutschland

^a Saisonbereinigt. – ^b Veränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. – ^c Real – ^d Gleitender Dreimonatsdurchschnitt. – ^e Waren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. – ^f Veränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank (Iffl. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*, eigene Berechnungen.

Geldpolitik deutlich anregend

Nach der Zinssenkung der Europäischen Zentralbank (EZB) um 50 Basispunkte Mitte November liegt der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 3,25 Prozent. Dreimonatsgeld verzinst sich Anfang Dezember mit etwa 3,4

Schaubild 2: Rezessionsphasen in Deutschland^a

^a Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet in Prozent. – ^b Ab 2001 IV: Prognose. Rezessive Phasen sind schraffiert.

Tabelle 1: Rahmendaten der Konjunkturprognose 2001 und 2002

| | 2001 | | | | 2002 | | | |
|---|-------|-------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| | 1. Q. | 2. Q. | 3. Q. ^a | 4. Q. ^b | 1. Q. ^b | 2. Q. ^b | 3. Q. ^b | 4. Q. ^b |
| Geldmenge M3, Euroland ^{c,d} | 6,5 | 7,3 | 9,6 | 7,0 | 5,0 | 5,0 | 5,0 | 5,0 |
| Zinssatz für Dreimonatsgeld | 4,7 | 4,6 | 4,3 | 3,3 | 3,3 | 3,4 | 3,7 | 3,8 |
| Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen | 4,8 | 5,0 | 5,0 | 4,7 | 4,7 | 4,9 | 5,1 | 5,2 |
| Tariflohnindex ^{e,f} | 2,1 | 1,8 | 2,0 | 2,3 | 2,4 | 2,5 | 2,5 | 2,6 |
| Wechselkurs US-\$/Euro | 0,92 | 0,88 | 0,89 | 0,90 | 0,91 | 0,92 | 0,94 | 0,94 |
| Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^g | 92,7 | 91,3 | 92,3 | 92,9 | 93,1 | 92,9 | 92,3 | 92,1 |
| Industrieproduktion im Ausland ^{d,h} | -0,9 | -4,4 | -4,8 | -3,5 | 2,0 | 3,5 | 4,5 | 4,0 |
| Rohölpreis ⁱ | 26,0 | 27,2 | 25,4 | 18,2 | 17,5 | 20,0 | 21,5 | 23,5 |

^a Teilweise geschätzt. – ^b Prognose. – ^c Saisonbereinigter Index. – ^d Veränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet, in Prozent. – ^e Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in Prozent. – ^f Auf Stundenbasis. – ^g Gegenüber 38 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. – ^h In 18 Industrieländern, gewichtet mit dem Anteil an der deutschen Ausfuhr. – ⁱ US-Dollar pro Barrel North-Sea-Brent.

Quelle: Deutsche Bundesbank (Ifd. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*, Deutsche Bundesbank (Ifd. Jgg.), *Monatsberichte*, eigene Berechnungen.

Prozent. Real liegen die kurzfristigen Zinsen, nimmt man die laufende Kerninflationsrate von reichlich 2 Prozent als Maß für die Inflationserwartungen, bei etwas mehr als 1 Prozent und damit fast 2 Prozentpunkte unter ihrem langjährigen Durchschnitt. Die Kapitalmarktzinsen sind ebenfalls niedrig. Nominal beliefen sie sich Anfang Dezember auf 4,7 Prozent; real betrug sie, langfristige Inflationserwartungen in Höhe von 1,5 Prozent unterstellt, wenig mehr als 3 Prozent, 1 Prozentpunkt weniger als ihr langjähriger Durchschnitt. Der effektive Außenwert des Euro hat sich in den vergangenen Monaten kaum verändert. Alles in allem gehen von den monetären Rahmenbedingungen deutlich anregende Impulse auf die Konjunktur aus.

Wir rechnen damit, dass die EZB die Leitzinsen bis zum kommenden Sommer auf dem derzeitigen Niveau belässt und danach geringfügig anhebt (Gern et al. 2001). Die Kapitalmarktzinsen dürften im Verlauf des kommenden Jahres im Zuge der konjunkturellen Erholung in den Vereinigten Staaten und in Europa wieder steigen (Tabelle 1). Für den Euro erwarten wir eine leichte Aufwertung. Insgesamt werden die monetären Anregungen im Laufe des kommenden Jahres abnehmen.

Finanzpolitik leicht dämpfend

Die Finanzpolitik hat die Konjunktur im Jahr 2001 durch die Steuersenkung kräftig gestützt. Dagegen hat die Ausgabenpolitik weder gedämpft noch angeregt. Zwar haben die Ausgaben des Staates im Jahr 2001 um nur 2,1 Prozent zugenommen, die von Konjunktoreinflüssen¹ und von Sonderfaktoren² bereinigten Ausgaben sind aber um 2,6 Prozent gestiegen; diese Rate entspricht etwa der Wachstumsrate des nominalen Produktionspotentials.

Im Jahr 2002 werden die bereinigten Staatsausgaben mit knapp 3 Prozent etwas rascher expandieren. Dazu trägt bei, dass die Löhne im öffentlichen Dienst und die Aufwendungen im militärischen Bereich sowie die für die innere Sicherheit stärker als im Jahr 2001 erhöht werden; auch wird das Kindergeld angehoben. Die Belastung durch Steuern und Sozialbeiträge wird im Jahr 2002 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um 0,7 Prozentpunkte steigen. Die Einkommensteuerbelastung wird progressionsbedingt zunehmen. Die Benzin- und Dieselsteuer sowie die Stromsteuer werden wiederum angehoben. Die Tabak- und die Versicherungsteuer werden erhöht. Der Beitragssatz in der Gesetzlichen Krankenversicherung wird (im Durchschnitt) um 0,4 Prozentpunkte heraufgesetzt. Alles in allem wird die Finanzpolitik die Konjunktur im Jahr 2002 leicht dämpfen.³

¹ Die konjunkturbedingten Mehrausgaben belaufen sich im Vergleich zum Jahr 2000 auf 2 Mrd. DM.

² Im Jahr 2001 ergibt sich infolge der Schuldentilgung in Höhe der Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen eine Zinsersparnis in Höhe von 9 Mrd. DM; allerdings werden Förderabgaben, die zu Unrecht erhoben worden waren, zurückgezahlt (2,5 Mrd. DM). Zudem entfällt die Einzahlung des Bundes in den Fonds zur Entschädigung der Zwangsarbeiter in der NS-Zeit (4,6 Mrd. DM im Jahr 2000).

³ Zu einer Beurteilung der Finanzpolitik vgl. den Abschnitt „Zum Handlungsbedarf in der Finanzpolitik“.

Anstöße von den Exporten im nächsten Jahr

Die Exporte von Gütern und Dienstleistungen sind im dritten Quartal 2001 überraschend kräftig gestiegen. Mit einer laufenden Jahresrate von 4,3 Prozent übertraf der Zuwachs sogar den des zweiten Quartals. Dabei dürfte nicht zuletzt die Abwertung des Euro im Frühjahr eine Rolle gespielt haben. Die Versendungen in die EU-Länder und in die Vereinigten Staaten konnten nach der Flaute im Frühjahr wieder zulegen und übertrafen sogar leicht ihren Stand vom Jahresanfang. Der Handel mit den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten expandierte weiter. Vor dem Hintergrund der schwachen Produktion bei den Handelspartnern in Europa sowie der Nachwirkungen der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten rechnen wir damit, dass die Exporte im Schlussquartal 2001 leicht gesunken sind. Darauf deutet auch der Rückgang der Auslandsaufträge in den vergangenen Monaten hin. Im Jahresdurchschnitt wird die Ausfuhr wohl um 5 Prozent zugenommen haben.

Im kommenden Jahr dürften die Exporte wieder merklich an Schwung gewinnen. Mit der Erholung in den Vereinigten Staaten, die wir für das erste Halbjahr erwarten, verbessern sich die konjunkturellen Perspektiven der wichtigsten Handelspartner erheblich, wenngleich die Zunahme der Exporte durch die von uns unterstellte leichte Aufwertung des Euro etwas gedämpft wird. Alles in allem dürften die realen Exporte im Jahr 2002 um 4,1 Prozent steigen, wobei die Zuwächse im Verlauf deutlich stärker sein werden. Die realen Importe werden mit der binnenwirtschaftlichen Belebung und dem Anziehen des Exportgeschäfts im Jahr 2002 wieder kräftiger zunehmen. Wir erwarten einen Anstieg um 3,6 Prozent, nach 1,4 Prozent im Jahr 2001.

Binnennachfrage zieht wieder an

Die Binnennachfrage ist im Laufe dieses Jahres deutlich gesunken. Im dritten Quartal lag sie um 1,3 Prozent unter dem Niveau im entsprechenden Quartal des Vorjahrs. Ausschlaggebend war die Schwäche der Investitionen und die erhebliche Korrektur der Läger.

Die Ausrüstungsinvestitionen fallen seit nunmehr einem Jahr. Im dritten Quartal 2001 wurden sie mit einer laufenden Jahresrate von 7,2 Prozent verringert. Für das gesamte Jahr 2001 zeichnet sich eine Abnahme um 3,2 Prozent ab. Nach dem Einbruch in diesem Jahr stehen die Zeichen für einen erneuten Aufschwung bei den Ausrüstungsinvestitionen in der ersten Hälfte des kommenden Jahres günstig. Nachdem die Produktionskapazitäten in diesem Jahr vergleichsweise wenig gewachsen sind, dürfte eine Produktionssteigerung infolge der weltweiten konjunkturellen Erholung in größerem Umfang Investitionen erforderlich machen. Ferner sind die Kapitalkosten nach den Zinssenkungen der EZB und aufgrund der günstigen Entwicklung am Weltkapitalmarkt außerordentlich niedrig und werden im Verlauf des kommenden Jahres nur wenig anziehen. Außerdem steigen die Löhne moderat, und die Rohstoffpreise bleiben niedrig, was die Rentabilität von Investitionen weiter erhöht. Angesichts des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn werden die Ausrüstungsinvestitionen trotz einer deutlichen Beschleunigung im Verlauf im Jahresdurchschnitt 2002 lediglich um 2,2 Prozent zulegen.

Die Bauinvestitionen, die zu Beginn des Jahres eingebrochen waren, stagnierten im dritten Quartal. Damit scheint allerdings noch keine Trendwende eingeleitet worden zu sein. Die Baugenehmigungen, die im ersten Halbjahr deutlich gestiegen waren, liegen mittlerweile unter dem Niveau vom Jahresanfang, und die Bauaufträge waren zuletzt ebenfalls wieder rückläufig. Vor diesem Hintergrund erwarten wir für die Bauinvestitionen bis zur Mitte des kommenden Jahres eine erneute leichte Abnahme. Angesichts der niedrigen Zinsen und der anziehenden Konjunktur dürften sie sich dann in der zweiten Hälfte des Jahres stabilisieren. Im Jahresdurchschnitt 2002 werden sich die Bauinvestitionen damit abermals verringern. Mit 0,9 Prozent wird der Rückgang aber weit hinter dem von 2001 (5,9 Prozent) zurückbleiben.

Der private Verbrauch hat das hohe Expansionstempo der ersten Jahreshälfte, das im Wesentlichen auf die zu Jahresbeginn in Kraft getretene Einkommensteuerentlastung zurückzuführen war, nicht halten können. Im dritten Quartal kam es zu einer deutlichen Korrektur; die privaten Konsumausgaben gingen mit einer laufenden Jahresrate von 0,9 Prozent zurück. Maßgeblich hierfür war eine Verringerung der real verfügbaren Einkommen. Im vierten Quartal dürfte der private Verbrauch schwach geblieben sein. Dafür sprechen die gestiegene Arbeitslosigkeit und das gesunkene Konsumentenvertrauen. Alles in allem werden die privaten Konsumausgaben im Jahr 2001 wohl real um 1,4 Prozent zugenommen haben. Im kommenden Jahr dürfte sich die Nachfrage der privaten Haushalte zunächst nur mäßig beleben. Zwar fällt der Anstieg der real verfügbaren Einkommen aufgrund der Verringerung des Preisauftriebs höher aus. Dem steht allerdings der nur moderate Zuwachs der nominalen verfügbaren Einkommen entgegen. Dieser ist vor allem Folge der wohl noch bis zur Jahresmitte rückläufigen Beschäftigung. Die Erhöhung des Kindergeldes vermag diesen Effekt nicht auszugleichen; auch werden die Krankenversicherungsbeiträge merklich steigen. Erst für die zweite Jahreshälfte ist damit zu rechnen, dass sich der private Verbrauch etwas stärker belebt, denn die Beschäftigung steigt wieder, und die Renten werden stärker als im Vorjahr angehoben. Im Jahresdurchschnitt 2002 dürften die privaten Konsumausgaben um 0,9 Prozent über dem Vorjahresstand liegen.

Arbeitsmarkt: Talsohle wird im Frühjahr erreicht

Infolge der rezessiven Tendenzen hat sich die Lage am Arbeitsmarkt zuletzt stärker als zuvor verschlechtert. Zwar ist nach den abermals nach oben revidierten Erwerbstätigenzahlen des Statistischen Bundesamts die Beschäftigung saisonbereinigt von Januar bis September dieses Jahres nur um knapp 50 000 Personen zurückgegangen. Die registrierte Arbeitslosigkeit hat sich jedoch in derselben Periode weitaus stärker erhöht (um gut 100 000 Personen), wobei allerdings neben einem temporär rascher wachsenden Arbeitsangebot⁴ auch die Branchenstruktur der entlassenen Arbeitskräfte eine wichtige Rolle gespielt hat (Boss et al. 2001).

⁴ Hier ist vor allem auf die Aufhebung des seit Mai 1997 bestehenden Arbeitsverbots für Asylbewerber Ende vorigen Jahres hinzuweisen. Eine Arbeitserlaubniserteilung kann nunmehr nach zwölfmonatiger Wartezeit erteilt werden. Diese ist für einen großen Teil der seitdem eingereisten Asylbewerber bereits abgegolten. Hierdurch hat sich das Arbeitskräfteangebot einmalig erhöht.

Durch die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten sind die Personalplanungen in der Industrie dann zusätzlich negativ beeinflusst worden.⁵ Der Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit hat sich von September bis November kräftig beschleunigt. Kurzarbeit wurde, trotz zunehmender Nutzung von Arbeitszeitkonten, von immer mehr Unternehmen in einer wachsenden Anzahl von Wirtschaftszweigen in Anspruch genommen. Dies gilt besonders für die alten Bundesländer. Die Entlastungswirkungen der übrigen aktiven Arbeitsmarktpolitik⁶ verringerten sich im Herbst weiter.

Wenn nach der Jahreswende 2001/2002 die konjunkturellen Auftriebstendenzen allmählich wieder die Oberhand gewinnen, wird sich das Einstellungsverhalten der Unternehmen zunächst noch nicht ändern. Es dürfte per saldo weiter Personal abgebaut werden. Erst wenn im Frühjahr die wirtschaftliche Erholung an Fahrt gewinnt, kann auch mit einer Wende am Arbeitsmarkt gerechnet werden. Deutliche Beschäftigungsgewinne sind dann für die zweite Jahreshälfte zu erwarten, so dass sich im Verlauf von 2002 nur eine geringe Zunahme der Erwerbstätigkeit von 90 000 Personen ergibt. Dem steht mit Blick auf das – wenn auch mit wieder abgeschwächter Rate – steigende Arbeitsangebot eine Reduzierung der registrierten Arbeitslosigkeit um lediglich 25 000 Personen gegenüber. Wenn nicht im Verlauf von 2002 mit einem wachsenden Rückzug in die stille Reserve zu rechnen wäre, der sich, wie bereits in diesem Jahr, vor allem auf vorher ausschließlich geringfügig Beschäftigte konzentriert, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, dann würde die registrierte Arbeitslosigkeit sogar weiter zunehmen. Mit saisonbereinigt 3,96 Mill. Personen wird sie im vierten Quartal 2002 deutlich über ihrem letzten konjunkturellen Tiefstand zur Jahreswende 2000/2001 (knapp 3,8 Mill. Personen) liegen. Die Erwerbstätigkeit dürfte im Schlussquartal des kommenden Jahres mit 38,79 Mill. Personen ihren Höchststand vom ersten Quartal 2001 etwas übertreffen. Im Vergleich der Jahresdurchschnitte 2001 und 2002 (Tabelle 2) ergibt sich bei den Erwerbstätigen nur eine geringfügige Abnahme um knapp 40 000 Personen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen steigt indessen um 130 000 Personen.

In der Lohnrunde 2002 werden die Gewerkschaften auf Abschlüsse drängen, die gegenüber dem Vorläufervertrag 2000/2001 eine deutliche Verbesserung beinhalten. Wir erwarten aber, dass die Tarifierhebungen nominal nur wenig höher ausfallen werden. Zum einen ist die Inflationsrate stark gesunken, zum anderen fallen die Hauptverhandlungen in den Pilotbereichen⁷ genau in diejenige Periode, in der die registrierte Arbeitslosigkeit ihren Höchststand erreichen wird.⁸ Hierdurch wird die Verhandlungsstärke der Gewerkschaften erheblich beeinträchtigt.

⁵ Nach einer „Blitzumfrage“ der Deutschen Industrie- und Handelskammern (DIHK) ist der Anteil der Unternehmen, die ihren Mitarbeiterbestand reduzieren wollen, von 25 Prozent im September auf 29 Prozent im Oktober bzw. um 4 Prozentpunkte gestiegen. Vom Frühsommer bis zum September 2001 belief sich demgegenüber die Zunahme auf nur 2 Prozentpunkte.

⁶ Beschäftigung schaffende Maßnahmen, Umschulung und Weiterbildung, Sprachkurse, Jugendhilfe- und Vorruhestands- bzw. Altersteilzeitprogramme.

⁷ Die Lohnführerschaft in der Tarifrunde 2002 dürfte wieder, wie zumeist in den neunziger Jahren, von der Metallindustrie übernommen werden.

⁸ Nach unseren Schätzungen wird im ersten Quartal 2001 die registrierte Arbeitslosigkeit unbereinigt die psychologisch wichtige Marke von 4 Mill. Personen deutlich überschreiten.

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz für Deutschland 1997–2002^a

| | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 ^b | 2002 ^b |
|---|--------|--------|--------|--------|-------------------|-------------------|
| Deutschland | | | | | | |
| Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland) | 33 294 | 33 637 | 34 133 | 34 724 | 34 801 | 34 747 |
| <i>Nachrichtlich:</i> | | | | | | |
| Kurzarbeiter | 183 | 115 | 119 | 86 | 125 | 195 |
| Pendlersaldo | 63 | 62 | 66 | 70 | 70 | 71 |
| Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer) | 33 231 | 33 575 | 34 067 | 34 654 | 34 731 | 34 676 |
| Selbständige ^c | 3 914 | 3 974 | 3 948 | 3 982 | 3 962 | 3 977 |
| Erwerbstätige (Inland) | 37 208 | 37 611 | 38 081 | 38 706 | 38 763 | 38 724 |
| Arbeitsangebot ^d | 43 173 | 43 369 | 43 547 | 43 784 | 43 969 | 44 098 |
| Stille Reserve ^d | 1 581 | 1 479 | 1 367 | 1 189 | 1 354 | 1 392 |
| Registrierte Arbeitslose | 4 384 | 4 279 | 4 099 | 3 889 | 3 852 | 3 982 |
| <i>Nachrichtlich:</i> | | | | | | |
| Arbeitslose nach ILO-Konzept ^e | 3 882 | 3 684 | 3 416 | 3 133 | 3 116 | 3 229 |
| Arbeitslosenquote: | | | | | | |
| Nach eigener Berechnung ^f | 10,6 | 10,2 | 9,7 | 9,2 | 9,1 | 9,3 |
| Nach Definition der BA ^g | 11,4 | 11,1 | 10,5 | 9,6 | 9,4 | 9,6 |
| Westdeutschland | | | | | | |
| Erwerbstätige ^h | 30 745 | 31 119 | 31 558 | 32 265 | 32 412 | 32 424 |
| darunter: BSM ⁱ | 67 | 71 | 82 | 71 | 62 | 65 |
| Arbeitsangebot ^d | 35 161 | 35 352 | 35 555 | 35 849 | 36 103 | 36 267 |
| Stille Reserve ^d | 1 396 | 1 329 | 1 242 | 1 055 | 1 214 | 1 246 |
| Registrierte Arbeitslose | 3 020 | 2 904 | 2 755 | 2 529 | 2 477 | 2 597 |
| Arbeitslosenquote | | | | | | |
| Nach eigener Berechnung ^j | 8,9 | 8,5 | 8,0 | 7,3 | 7,1 | 7,4 |
| Nach Definition der BA ^g | 9,8 | 9,4 | 8,8 | 7,8 | 7,4 | 7,7 |
| Ostdeutschland | | | | | | |
| Erwerbstätige ^h | 6 463 | 6 492 | 6 523 | 6 441 | 6 351 | 6 300 |
| darunter: BSM ⁱ | 235 | 315 | 349 | 247 | 182 | 188 |
| Arbeitsangebot ^d | 8 012 | 8 017 | 7 992 | 7 935 | 7 866 | 7 831 |
| Stille Reserve ^d | 185 | 150 | 125 | 135 | 140 | 146 |
| Registrierte Arbeitslose | 1 364 | 1 375 | 1 344 | 1 359 | 1 375 | 1 385 |
| Arbeitslosenquote | | | | | | |
| Nach eigener Berechnung ^j | 17,4 | 17,5 | 17,1 | 17,4 | 17,8 | 18,0 |
| Nach Definition der BA ^g | 18,1 | 18,2 | 17,6 | 17,4 | 17,6 | 17,8 |

^a 1 000 Personen. – ^b Prognose. – ^c Einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ^d Eigene Neuschätzung auf Basis der revidierten Erwerbstätigenzahlen des Statistischen Bundesamtes vom August 2001. – ^e Gemäß standardisierter Definition der EU, VGR-Konzept. – ^f Registrierte Arbeitslose in Prozent der Summe aus den erwerbstätigen Inländern und den registrierten Arbeitslosen. – ^g Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen; ab 2001 nur eingeschränkt mit den Zahlen zuvor vergleichbar. – ^h Arbeitsortkonzept. Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, wobei die Angaben für Berlin zu 65 Prozent Westdeutschland und zu 35 Prozent Ostdeutschland zugeschlagen worden sind. Die sich hieraus ergebenden Anteile für Ost und West wurden auf die revidierten Erwerbstätigenzahlen übertragen. – ⁱ BSM: Beschäftigung schaffende Maßnahmen, d.h. allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Struktur Anpassungsmaßnahmen. – ^j Registrierte Arbeitslose mit Wohnort in West- bzw. Ostdeutschland in Prozent der Summe aus den in den jeweils dort Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen (Mischung aus „Inlands-“ und „Inländer-“Konzept).

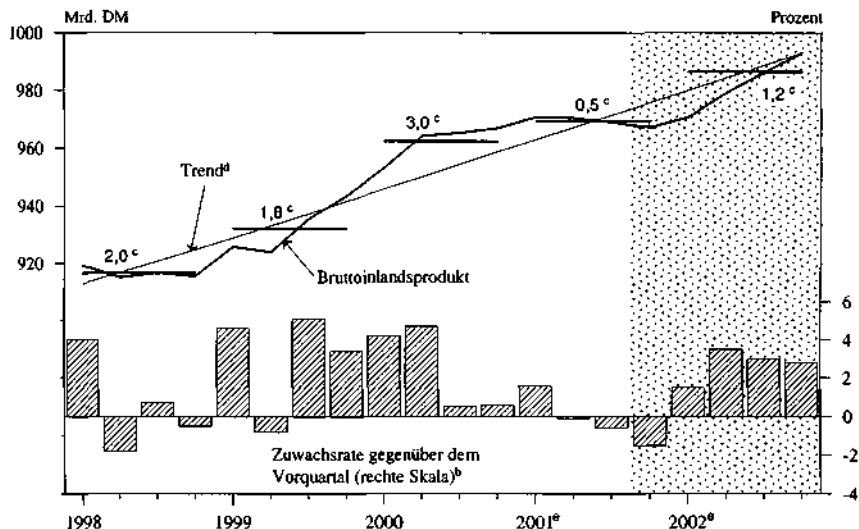
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (lfd. Jgg.), Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), *Wirtschaft und Statistik*, Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.); *Fachserie 1*, eigene Schätzungen und Prognosen.

Die Anhebung der tariflichen Stundenlöhne in der Gesamtwirtschaft veranschlagen wir auf 2,5 Prozent für das Jahr 2002. Bei einem erwarteten Anstieg der Verbraucherpreise um 1,2 Prozent entspricht dies einer deutlichen Reallohnverbesserung aus Konsumentensicht um 1,3 Prozent. Der Produzentenreallohn wird um 1,5 Prozent zunehmen, was bei einem Wachstum der Stundenproduktivität um 1,9 Prozent noch Raum für eine moderate Beschäftigungsausweitung lässt.

Ausblick: Spürbare Erholung

Die Konjunktur wird gegenwärtig vor allem durch die politischen Unwägbarkeiten bestimmt. Die niedrigen Werte der Stimmungskennzahlen für September und Oktober sind Ausdruck der allgemeinen Verunsicherung genauso wie die am aktuellen Rand beobachtete Zurückstellung von Aufträgen. Wie sich die Stimmung in den kommenden Monaten entwickeln wird, ist angesichts des Schocks vom 11. September schwierig vorherzusagen. Erfahrungen aus früheren Krisen, wie etwa nach dem Ölembargo vom November 1973, zeigen allerdings, dass das Geschäftsklima in einer derartigen Lage genauso schnell und stark steigen kann wie es zuvor gefallen ist und dass eine derartige Korrektur nicht lange auf sich warten lassen muss. Angesichts der jüngsten politischen und militärischen Entwicklungen in Afghanistan spricht einiges für einen Stimmungsumschwung bis

Schaubild 3: Reales Bruttoinlandsprodukt^a in Deutschland



^a Arbeitstäglich- und saisonbereinigt. – ^b Auf Jahresraten hochgerechnet. – ^c Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – ^d Berechnet mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filters. – ^e Ab 2001 IV: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*, Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), *Wirtschaft und Statistik*, eigene Berechnungen und Prognosen.

Tabelle 3: Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 1999–2002

| | 2000 | 1999 | 2000 | 2001 ^a | 2002 ^a |
|---|---------|---|--------|-------------------|-------------------|
| | Mrd. DM | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent | | | |
| Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995 | | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt | 3850,1 | 1,8 | 3,0 | 0,5 | 1,2 |
| Private Konsumausgaben | 2167,1 | 3,1 | 1,3 | 1,4 | 0,9 |
| Konsumausgaben des Staates | 741,9 | 1,6 | 1,2 | 1,4 | 1,2 |
| Anlageinvestitionen | 864,8 | 4,2 | 2,3 | -4,2 | 0,6 |
| Ausrüstungsinvestitionen | 341,0 | 7,2 | 8,7 | -3,2 | 2,2 |
| Bauinvestitionen | 474,4 | 1,5 | -2,5 | -5,9 | -0,9 |
| Sonstige Anlagen | 49,4 | 13,5 | 8,9 | 5,5 | 4,1 |
| Vorratsveränderung (Mrd. DM) | 6,4 | -7,5 | 6,4 | -25,8 | -24,3 |
| Ausfuhr | 1288,4 | 5,6 | 13,2 | 5,0 | 4,1 |
| Einfuhr | 1218,5 | 8,5 | 10,0 | 1,4 | 3,6 |
| Außenbeitrag (Mrd. DM) | 69,9 | 30,5 | 69,9 | 117,0 | 128,2 |
| Bruttonationaleinkommen | 3838,3 | 2,0 | 3,3 | 0,4 | 1,2 |
| Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen | | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt | 3961,6 | 2,3 | 2,6 | 1,6 | 2,2 |
| Private Konsumausgaben | 2313,0 | 3,5 | 2,9 | 3,2 | 2,0 |
| Konsumausgaben des Staates | 752,0 | 2,4 | 1,6 | 2,3 | 2,3 |
| Anlageinvestitionen | 856,8 | 3,3 | 2,8 | -3,8 | 1,4 |
| Ausrüstungsinvestitionen | 341,9 | 6,2 | 9,7 | -2,3 | 4,0 |
| Bauinvestitionen | 470,6 | 0,9 | -1,9 | -5,6 | -0,6 |
| Sonstige Anlagen | 44,4 | 9,8 | 6,0 | 3,6 | 2,2 |
| Vorratsveränderung (Mrd. DM) | 24,3 | 6,9 | 24,3 | -9,8 | -24,0 |
| Ausfuhr | 1336,3 | 4,8 | 16,5 | 5,5 | 4,9 |
| Einfuhr | 1320,8 | 7,2 | 18,5 | 2,8 | 3,1 |
| Außenbeitrag (Mrd. DM) | 15,6 | 32,9 | 15,6 | 53,1 | 79,0 |
| Bruttonationaleinkommen | 3946,6 | 2,4 | 2,9 | 1,5 | 2,2 |
| Preisniveau des Bruttoinlandsprodukts | | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt | | 0,5 | -0,4 | 1,0 | 1,0 |
| Private Konsumausgaben | | 0,4 | 1,4 | 1,8 | 1,1 |
| Ausrüstungsinvestitionen | | -1,0 | 0,9 | 0,9 | 1,8 |
| Bauinvestitionen | | -0,6 | 0,6 | 0,3 | 0,3 |
| Sonstige Anlagen | | -3,3 | -2,7 | -1,7 | -1,8 |
| Ausfuhr | | -0,8 | 2,9 | 0,5 | 0,8 |
| Einfuhr | | -1,2 | 7,7 | 1,4 | -0,4 |
| Einkommensverteilung | | | | | |
| Volkseinkommen | 2945,3 | 1,5 | 2,9 | 1,4 | 1,7 |
| Arbeitnehmerentgelt | 2130,5 | 2,7 | 2,9 | 2,0 | 2,4 |
| in Prozent des Volkseinkommens | | 72,3 | 72,3 | 72,8 | 73,2 |
| Unternehmens- und Vermögenseinkommen | 814,7 | -1,4 | 2,6 | -0,1 | -0,1 |
| Lohnstückkosten, real ^b | | 0,2 | 0,2 | 0,4 | 0,3 |
| Produktivität ^c | | 1,6 | 0,9 | 0,6 | 1,4 |
| Arbeitslose (Tsd.) | | 4 099 | 3 889 | 3 852 | 3 982 |
| Arbeitslosenquote (Prozent) | | 9,7 | 9,2 | 9,1 | 9,3 |
| Erwerbstätige ^d (Tsd.) | | 38 081 | 38 706 | 38 763 | 38 724 |
| Finanzierungssaldo des Staates | | | | | |
| in Mrd. DM | | -60,0 | 46,7 | -109,2 | -103,2 |
| in Prozent des Bruttoinlandsprodukts | | -1,6 | 1,2 | -2,7 | -2,5 |
| Schuldenstand ^e | | 61,3 | 60,3 | 60,0 | 60,7 |
| Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM) | | -32,9 | -41,3 | -23,0 | -15,0 |

^a Prognose. – ^b Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – ^c Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – ^d Inlandskonzept. – ^e In Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2001), eigene Schätzungen und Prognosen.

zum Jahresende. In diesem Fall steht unseres Erachtens einer durchgreifenden konjunkturellen Erholung in der ersten Jahreshälfte 2002 nichts mehr im Weg.

Im ersten Quartal 2002 wird die Produktion wohl aufgrund der Nachwirkungen der Verunsicherung nur mäßig zunehmen (Schaubild 3). Schon ab Frühjahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt dann allerdings mit Raten deutlich oberhalb des Potentialwachstums expandieren. Zu diesem Zeitpunkt werden die Zinssenkungen der EZB, die üblichen Verzögerungen von neun bis zwölf Monaten unterstellt, mehr und mehr ihre Wirkung entfalten. Die Produktionskapazitäten werden wieder aufgestockt, die Läger erneut aufgefüllt. Gleichzeitig kommen mit der Erholung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten und der Weltwirtschaft kraftvolle Impulse von der Auslandsnachfrage. Stützend wirkt schließlich auch die Abnahme der Teuerung aufgrund des deutlichen Ölpreisrückgangs.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2002 voraussichtlich um 1,2 Prozent steigen, nach 0,5 Prozent im Jahr 2001 (Tabelle 3). Der Anstieg der Lebenshaltungskosten dürfte sich angesichts der günstigen Entwicklung bei den Energiepreisen und der im Jahresverlauf zwar zunehmenden, aber immer noch unterdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung, weiter verringern. Nach 2,5 Prozent im laufenden Jahr erwarten wir für 2002 eine Inflationsrate von 1,2 Prozent.

Zum Handlungsbedarf in der Finanzpolitik

Hohes Budgetdefizit – Schuldenstand bei 60 Prozent...

Das Budgetdefizit der Gebietskörperschaften dürfte im Jahr 2001 in finanzstatistischer Abgrenzung 90 Mrd. DM betragen haben; ein Jahr zuvor hatte sich (ohne die Einnahmen aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen in Höhe von 99,4 Mrd. DM) ein Fehlbetrag von 66 Mrd. DM ergeben. Die Ausweitung des Defizits im Jahr 2001 resultierte aus vielen – teils gegenläufigen – Effekten. Die konjunkturbedingten Mehrausgaben betragen 2 Mrd. DM, die konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen 10 Mrd. DM. Die Steuerreform brachte – im Vergleich zum Aufkommen bei unverändertem Recht – Mindereinnahmen von 45 Mrd. DM; berücksichtigt man, dass bei unverändertem Recht infolge heimlicher Steuererhöhungen eine Mehrbelastung in Höhe von 6 Mrd. DM eingetreten wäre, so waren es 39 Mrd. DM. Demgegenüber war die Gewinnausschüttung der Deutschen Bundesbank (16,3 Mrd. DM) wesentlich höher als im Jahr 2000 (7,6 Mrd. DM). Ferner konnte der Bund wegen der außergewöhnlichen Schuldentilgung im Gefolge der Versteigerung der Mobilfunklizenzen rund 9 Mrd. DM Zinsaufwendungen „spären“. Die Privatisierungserlöse dürften im Jahr 2001 mit 21 Mrd. DM fast doppelt so hoch wie im Vorjahr (11,5 Mrd. DM) gewesen sein.⁹

⁹ Den Mehreinnahmen infolge der zweiten Stufe der „ökologischen Steuerreform“ stand eine etwa gleich große Anhebung des Zuschusses des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung gegenüber. Die Entlastung der öffentlichen Haushalte im Jahr 2001, die daraus resultierte, dass die Zahlungen des Bundes an den Fonds für die Entschädigung der Zwangsarbeiter in der NS-Zeit (4,6 Mrd. DM) entfallen, wurde durch Sondereinflüsse in Berlin und in Niedersachsen kompensiert; hier kam es zu beträchtlichen Mehrausgaben (Finanzhilfen an die Bankgesellschaft Berlin; Rückzahlung von Förderabgaben).

Der Bund hatte rund 65 Mrd. DM der Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen im September 2000 auf dem Geldmarkt angelegt und erst im Januar 2001 hochverzinsliche Schulden aus den frühen neunziger Jahren getilgt. Der Schuldenstand des öffentlichen Sektors ist deshalb im Jahr 2001 nicht um 90 Mrd. DM, sondern um nur 25 Mrd. DM gestiegen; er dürfte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bei 60 Prozent gelegen haben. Im Jahr 2002 werden die Gebietskörperschaften einschließlich der Sonderhaushalte wieder ein sehr hohes Budgetdefizit aufweisen; es dürfte sich auf 85 Mrd. DM belaufen. Der Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird auf 60,7 Prozent zunehmen.

...Ausgabenkürzungen notwendig

Die Bundesregierung strebt mit guten Gründen an, die Staatsausgaben und die Abgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu senken; sie will gleichzeitig das Budgetdefizit des Staates auf null reduzieren. Im Stabilitätsprogramm vom Herbst 2000 hatte sie für das Jahr 2001 ein Budgetdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt von 1 ½ Prozent angekündigt (Tabelle 4); das tatsächliche Defizit dürfte sich auf 2,7 Prozent belaufen. Das Defizit wird im Jahr 2002 infolge der steigenden Abgabenbelastung zwar etwas abnehmen, mit 2,5 Prozent aber wesentlich größer sein als im Stabilitätsprogramm vom Herbst 2000 angekündigt (1 Prozent).

Das Defizitziel wird trotz einer erhöhten Abgabenbelastung verfehlt. Dies resultiert daraus, dass die Ausgaben des Staates deutlich höher sind als angestrebt. Sie dürften im Jahr 2002 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um 3 ½ Prozentpunkte über dem anvisierten Wert liegen; für das Jahr 2001 beträgt der Abstand 2 Prozentpunkte. Dies ist nur zu einem kleinen Teil auf die schwache Konjunktur zurückzuführen. Daher sollten die Ausgaben – beispielsweise entsprechend dem „Sparpaket“ vom Herbst 1999 – gekürzt werden.

Einsparmaßnahmen sollten schon im Jahr 2002 – trotz der im Durchschnitt des Jahres niedrigen Auslastung – in Kraft treten. Die Argumentation, nach der die Ausgaben bei schwacher Konjunktur nicht verringert werden sollten, kann nicht überzeugen. Zum einen sind negative Wirkungen von Einsparmaßnahmen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, zu denen es kurzfristig kommen kann, hinzunehmen, um mittelfristig positive Angebotseffekte und damit ein höheres Wachstum der Realeinkommen zu ermöglichen. Zum anderen dürfen Investoren und Konsumenten bei einer Reduktion der Ausgaben des Staates niedrigere Steuern erwarten, so dass positive Nachfrageeffekte auftreten; diese können so groß sein, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht sinkt, sondern zunimmt.¹⁰

Unterbleiben Einschnitte in die Staatsausgaben, so werden diese in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auch in den Jahren 2003 und 2004 über der 48-Prozent-Marke liegen; sie wären dann fast so hoch wie im Durchschnitt der neunziger Jahre. Das Budgetdefizit des Staates würde auch in den Jahren nach 2002

¹⁰ Vgl. hierzu auch das Minderheitsvotum des Instituts für Weltwirtschaft im Herbstgutachten der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (2001).

Tabelle 4: Ausgaben, Einnahmen und Budgetsaldo des Staates^a 1970–2005 (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts)

| | Ausgaben | Steuern | Sozial- beiträge | Sonstige Einnahmen | Budget- saldo |
|--|----------|---------|---------------------|-----------------------|-------------------|
| 1970 ^b | 39,1 | 24,0 | 12,6 | 2,7 | 0,2 |
| 1980 ^b | 49,0 | 25,9 | 16,9 | 3,3 | -2,9 |
| 1991 ^{c,d} | 48,2 | 22,4 | 17,2 | 4,4 | -4,2 |
| 1992 | 50,4 | 22,8 | 17,6 | 4,9 | -5,1 |
| 1993 | 51,3 | 22,9 | 18,2 | 4,9 | -5,3 |
| 1994 | 50,2 | 22,9 | 18,6 | 5,0 | -3,7 |
| 1995 | 49,4 | 22,5 | 18,8 | 4,8 | -3,3 |
| 1996 | 50,3 | 22,9 | 19,4 | 4,6 | -3,4 |
| 1997 | 49,2 | 22,6 | 19,6 | 4,3 | -2,7 |
| 1998 | 48,8 | 23,1 | 19,3 | 4,2 | -2,2 |
| 1999 | 48,9 | 24,2 | 19,0 | 4,1 | -1,6 |
| 2000 | 48,4 | 24,6 | 18,7 | 3,8 | -1,3 ^e |
| 2001 ^f | 48,6 | 23,2 | 18,7 | 4,0 | -2,7 |
| 2002 ^f | 48,9 | 23,7 | 18,9 | 3,8 | -2,5 |
| Stabilitätsprogramm vom Oktober 2000 | | | | | |
| 1999 | 48,6 | 24,1 | 18,9 | . | -1,4 |
| 2000 | 48 | 24½ | 18½ | . | -1 |
| 2001 | 46½ | 23 | 18 | . | -1½ |
| 2002 | 45½ | 23½ | 17½ | . | -1 |
| 2003 | 44½ | 23 | 17½ | . | -½ |
| 2004 | 44 | 23½ | 17 | . | 0 |
| Stabilitätsprogramm ^g vom Dezember 2001 | | | | | |
| 2000 | 48,4 | 24,6 | 18,7 | . | -1,3 ^e |
| 2001 | 48 | 23 | 18½ | . | -2 |
| 2002 | 48 | 23½ | 18½ | . | -2½ |
| 2003 | 46½ | 23½ | 18½ | . | -1 |
| 2004 | 45½ | 23½ | 18 | . | -0 |
| 2005 | 44½ | 23 | 17½ | . | -0 |

^a Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – ^b Früheres Bundesgebiet. – ^c Ab 1991 Angaben nach den revidierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995). – ^d 1991 bis 1994 Staat einschließlich Treuhandanstalt. – ^e Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (2,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). – ^f Prognose. – ^g Basisszenario.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2001), BMF (2000; 2001), eigene Berechnungen.

nur wenig sinken. Die Bundesregierung würde ihr Defizitziel selbst bei günstiger wirtschaftlicher Entwicklung nicht erreichen.

Das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung sieht auch in der im Dezember 2001 aktualisierten Fassung vor, die Abgabenbelastung mittelfristig zu verringern. Steuersenkungen sind tatsächlich erforderlich. Die Steuern und Sozialbeiträge in

Deutschland sind viel zu hoch. Häufig wird nun vor dem Hintergrund der schwachen Konjunktur gefordert, die zweite und/oder die dritte Stufe der Steuerreform auf das Jahr 2002 vorzuziehen. Im Prinzip spricht wenig dagegen, die Steuern schneller als geplant zu senken. Glaubwürdig – und deshalb mit den gewünschten positiven Effekten verbunden – wäre die Steuersenkung aber nur dann, wenn sie in das Konzept der mittelfristigen Haushaltskonsolidierung passte, das die Bundesregierung verfolgt, d.h., wenn gleichzeitig entsprechend gespart würde. Weil aber Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben (wie z. B. bei den Finanzhilfen) heute offenbar nicht angegangen werden können, wäre es falsch, darauf zu vertrauen, dass eine Verringerung der Steuersätze automatisch Ausgabenkürzungen nach sich zieht. Vielmehr würde das Budgetdefizit nicht im geplanten Umfang zurückgeführt. Daraus könnten die Unternehmen und die privaten Haushalte schließen, dass die Steuern später doch nicht so deutlich gesenkt werden wie geplant bzw. sogar erhöht werden müssen, wenn der für das Jahr 2004 geplante Budgetausgleich erreicht werden soll. In der Folge könnten die vom Vorziehen der Steuerreform erhofften Impulse für die Konjunktur ausbleiben. Gleichzeitig stiege das Risiko deutlich, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt verletzt würde, was die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik verringern würde.

Summary

The German Economy has Reached the Cyclical Trough

The cyclical downturn of the German economy has gained momentum. In the third quarter of 2001, real GDP fell with an annual rate of 0.6 percent, following a slight fall in the second quarter. Domestic demand was again particularly weak. As real disposable income shrank and job insecurity increased, private households reduced consumption expenditure. Investment in machinery and equipment fell again significantly while investment in buildings stagnated following a long phase of decline. Impulses came again from foreign demand, the adverse environment in the world economy notwithstanding. The cyclical downturn also showed its consequences on the labor market. Employment has been falling since the beginning of the year and unemployment has been rising strongly. In November, the rate of unemployment was 9.5 percent.

The terrorist attacks in the United States and their consequences will not have affected production in the third quarter by much. Even before the attacks stagnation had been expected for that quarter. The effects of these events will mainly be felt during the current winter semester. For the final quarter of 2001, the indicators point to a further fall of production. The business climate had deteriorated sharply and orders have been reduced. A further decline of production – we expect it at around 1.5 percent (annualized) – would according to the usual criteria mean that Germany is in a recession. This recession would, however, be much milder than previous ones. Between the first quarter 1992 and the second of 1993, real GDP declined with an annual rate of 1.7 percent. Until the fourth quarter of 2001, the prospective trough of the current recession, GDP will only have fallen by 0.5 percent against the first quarter of 2001. The decline will, there-

fore, be more comparable to the recent slowdown after the Asian/Russian crisis in 1998.

Outlook: Recovery

The cyclical situation is currently dominated by political events. The low values of the sentiment indicators in September and October reflect the general uncertainty as does the sharp drop in manufacturing orders. How the business climate will develop during the next month is difficult to predict, given the shock of September 11. Experience from previous crises, such as the oil embargo in November 1973, shows, however, that the business climate in such a situation can increase as fast and as strongly as it has fallen before and that such a correction can occur quite rapidly. Given the political and military developments in Afghanistan, a turnaround in sentiment until the end of the year seems likely. In this case, a forceful recovery can in our view be expected for the first half of 2002.

In the first quarter of 2002, production will only grow moderately, as the consequences of the insecurity are still felt. Beginning in spring, real GDP will then start to expand with rates well above potential output. At this time, the interest rate cuts of the ECB will become more and more effective. Production capacities and inventories will be expanded, again. At the same time, strong impulses will come from the recovery in the United States and in the world economy. This all will be supported by the reduction in inflation due to the fall in oil prices. All in all, we expect real GDP to grow by 1.2 percent in 2002, following 0.5 percent this year. Consumer prices will increase by 1.2 percent in 2002, following 2.5 percent in 2001.

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (2001). *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2001*. München.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (Hrsg.) (2000). *Volks- und Finanzwirtschaftliche Berichte. Deutsches Stabilitätsprogramm. Aktualisierung Oktober 2000*. Berlin.
- (2001). *Volks- und Finanzwirtschaftliche Berichte. Deutsches Stabilitätsprogramm. Aktualisierung Dezember 2001*. Berlin.
- Boss, A., J. Gottschalk, C.-P. Meier, J. Scheide, R. Schmidt und H. Strauß (2001). Deutschland: Konjunkturelle Wende steht bevor. *Die Weltwirtschaft* (3): 239–257.
- Bundesanstalt für Arbeit (Ifd. Jgg.). *Amliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit*. Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (Ifd. Jgg.). *Monatsberichte*. Frankfurt am Main.
- (Ifd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- Gern, K.-J., C. Kamps und J. Scheide (2001). Rezession in den Industrieländern wird bald überwunden. *Die Weltwirtschaft*, in diesem Heft.
- Statistisches Bundesamt (2001). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen 2000. Hauptbericht*. Stuttgart.
- (Ifd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- (Ifd. Jgg.). *Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2: Ausländische Bevölkerung*. Stuttgart.